

Ein Untersuchungsausschuss des UN-Menschenrechtsrates fordert den Rückzug aller israelischen Siedler aus den besetzten Palästinensergebieten.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 021/13 – 20.02.13**

Die israelischen Siedlungen symbolisieren die fehlende Gerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk

Pressemitteilung über einen im Auftrag des UN-Menschenrechtsrates
erstellten Untersuchungsbericht – Genf, 31.01.13

([http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?
NewsID=12960&LangID=de](http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=12960&LangID=de))

Ein internationaler Ausschuss hat heute die Ergebnisse seiner Untersuchung zu den Auswirkungen der israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Territorium auf die Menschenrechte des palästinensischen Volkes vorgelegt.

In dem Bericht wird festgestellt, dass durch die Existenz der (israelischen) Siedlungen zahlreiche Menschenrechte der Palästinenser auf vielfältige Weise verletzt werden.

Diese Verletzungen stünden in einem inneren Zusammenhang, äußerten sich in einer ganzen Reihe von Verstößen gegen das Selbstbestimmungsrecht und bewirkten eine ständige Diskriminierung des palästinensischen Volkes.

In dem Bericht wird ausgeführt, dass israelische Regierungen seit 1967 offen, zielstrebig und vorsätzlich die Planung, den Bau, die ständige Erweiterung und Vernetzung israelischer Siedlungen (auf palästinensischem Territorium) betreiben und ständig zur Errichtung neuer Siedlungen ermuntern.

"In Übereinstimmung mit dem Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention muss Israel alle Ansiedlungstätigkeiten ohne Vorbedingungen einstellen," erklärte **Frau Christine Chanet, die aus Frankreich kommende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses**. (Im Abschnitt 112 auf S. 21 des Untersuchungsberichtes wird außerdem gefordert: "Zusätzlich muss Israel sofort mit dem Rückzug aller Siedler aus dem besetzten Territorium der Palästinenser beginnen.")

Der Bericht hält fest, dass die Siedlungen ausschließlich für israelische Juden gebaut und erweitert werden. Die Siedlungen würden betrieben und weiterentwickelt durch ein System totaler Trennung zwischen den (israelischen) Siedlern und der palästinensischen Bevölkerung, die in dem besetzten Territorium lebt. Dieses System der Trennung werde gestützt und aufrechterhalten durch militärische und polizeiliche Machtausübung unter Verletzung der Rechte der palästinensische Bevölkerung.

"Wir fordern die israelische Regierung hiermit auf, die für den (illegalen) Siedlungsbau Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, ihre Politik der Straffreiheit (für Landräuber) zu beenden und allen Opfern Gerechtigkeit angedeihen zu lassen," fügte **Frau Asma Jahangir, ein Ausschussmitglied aus Pakistan**, hinzu.

In dem Bericht wird festgestellt, dass Israel schwere Verstöße gegen das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte begeht. Außerdem wird festgehalten, dass nach

dem Statut von Rom das Vordringen (israelischer Siedler) auf besetztes palästinensisches Territorium unter die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fällt.

"Der vielen Rechtsverstöße in Zusammenhang mit der Politik der Enteignung, der Zwangsräumung, der Zerstörung und der Vertreibung – die Israel auf palästinensischem Territorium betreibt – machen das ganze Ausmaß der Verletzung der Menschenrechte deutlich. Mit der gegen die Palästinenser und ihr Eigentum gerichteten Gewalt und den Einschüchterungsversuchen soll die einheimische Bevölkerung von ihren Ländereien vertrieben und Platz für neue (israelische) Siedlungen geschaffen werden," ergänzte **Frau Unity Dow, ein Ausschussmitglied aus Botswana.**

Der Bericht hält außerdem fest, dass auch private Vereinigungen den Bau von Siedlungen erleichtert und ermöglicht und davon direkt oder indirekt profitiert haben.

Anmerkungen für Redakteure (Wir haben zum Teil andere Links gesetzt, weil die im Originaltext nicht funktionieren.)

Der vollständige Untersuchungsbericht ist aufzurufen unter <http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session19/FFM/FFMSettlements.pdf> .

Eine Pressemitteilung (über den Auftrag und die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses) auf Hebräisch, Arabisch, Französisch und Englisch ist aufzurufen unter <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session19/Pages/IsraeliSettlementsInTheOPT.aspx> .

Medienanfragen und Bitten um Interviews sollten per E-Mail gerichtet werden an ffmsettlements@ohchr.org oder telefonisch an: + 41 79752 0481.

Der volle Titel des Untersuchungsberichtes lautet: "Report of the independent international fact-finding mission to investigate the implications of the Israeli settlements on the civil, political, economic, social and cultural rights of the Palestinian people throughout the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem" (Bericht des unabhängigen internationalen Untersuchungsausschusses über die Auswirkungen der israelischen Ansiedlungen auf die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des palästinensischen Volkes in allen besetzten palästinensischen Territorien, einschließlich Ostjerusalems) .

Der Bericht wird dem Menschenrechtsrat / HRC offiziell am 18. März 2013 vorgelegt.

Der Internationale Untersuchungsausschuss zu den israelischen Ansiedlungen auf besetztem palästinensischen Territorium wurde mit der Resolution 19/17 des Menschenrechtsrates eingesetzt.

Auf seiner 19. Sitzung am 22. März 2012 hat der Menschenrechtsrat / HRC die Resolution 19/17 beschlossen. Sie trägt den Titel: "Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan" (Die israelische Ansiedlungen auf besetztem palästinensischen Territorium, einschließlich Ostjerusalems und der okkupierten syrischen Golanhöhen); damit hat sich der HRC dafür entschieden, einen unabhängigen internationalen Untersuchungsausschuss einzusetzen, dessen Mitglieder vom Präsidenten des Menschenrechtsrates berufen werden; der Ausschuss erhielt den Auftrag, die Auswirkungen der israelischen Ansiedlungen auf die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des palästinensischen Volkes in allen besetzten palästinensischen Territorien, einschließlich Ostjerusalems zu untersuchen.

Unter <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/04FF85F46E9EFD8B85257A00004C5AD2> ist der Text der Resolution 19/17 nachzulesen.

Weitere Informationen sind aufzurufen über <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session19/Pages/IsraeliSettlementsInTheOPT.aspx>.

(Wir haben die aufschlussreiche Pressemitteilung komplett übersetzt und mit Ergänzungen in Klammern versehen. Die Namen der Ausschussmitglieder sind auch im Originaltext hervorgehoben, den wir anschließend abdrucken.)



Israeli settlements symbolise the acute lack of justice experienced by the Palestinian people

Geneva, 31 January 2013 – The International Fact-Finding Mission on Israeli Settlements in the Occupied Palestinian Territory today published its findings on the implications Israeli settlements have upon the human rights of the Palestinian people.

The report states that a multitude of the human rights of the Palestinians are violated in various forms and ways due to the existence of the settlements.

These violations are all interrelated, forming part of an overall pattern of breaches that are characterised principally by the denial of the right to self-determination and systemic discrimination against the Palestinian people which occur on a daily basis.

Since 1967, Israeli governments have openly led, directly participated in, and had full control of the planning, construction, development, consolidation and encouragement of settlements, the report states.

“In compliance with Article 49 of the Fourth Geneva Convention Israel must cease all settlement activities without preconditions,” said **Ms. Christine Chanut, chair of the Mission from France**.

The report states that settlements are established and developed for the exclusive benefit of Israeli Jews. The settlements are maintained and advanced through a system of total segregation between the settlers and the rest of the population living in the Occupied Palestinian Territory. This system of segregation is supported and facilitated by strict military and law enforcement control to the detriment of the rights of the Palestinian population.

“We are today calling on the government of Israel to ensure full accountability for all violations, put an end to the policy of impunity and to ensure justice for all victims,” said **Ms. Asma Jahangir, member of the Mission from Pakistan**.

The report states that Israel is committing serious breaches of its obligations under the right to self-determination and under humanitarian law. The report also concludes that the Rome Statute establishes the International Criminal Court's jurisdiction over the transfer of populations in the Occupied Palestinian Territory.

“The magnitude of violations relating to Israel’s policies of dispossessions, evictions, demolitions and displacements from land shows the widespread nature of these breaches of human rights. The motivation behind violence and intimidation against the Palestinians and their properties is to drive the local populations away from their lands, allowing the settlements to expand,” said **Ms. Unity Dow, member of the Mission from Botswana**.

The report states that private entities have also enabled, facilitated and profited from the construction of the settlements – both directly and indirectly.

NOTES TO EDITORS:

The full report is available at:

<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session19/Pages/IsraeliSettlementsInTheOPT.aspx>

The press release is available in Hebrew, Arabic, French and English at:

<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session19/Pages/IsraeliSettlementsInTheOPT.aspx>

All media enquiries and requests for interviews should be emailed to: ffmsettlements@ohchr.org or telephone: + 41 79 752 0481.

Full title of the report: “Report of the independent international fact-finding mission to investigate the implications of the Israeli settlements on the civil, political, economic, social and cultural rights of the Palestinian people throughout the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem”.

The report will be formally presented to the Human Rights Council (HRC) on 18 March 2013.

The International Fact-Finding Mission: Israeli Settlements in the Occupied Palestinian Territory was established by Human Rights Council Resolution 19/17.

On 22 March 2012, at its 19th session, the Human Rights Council (HRC) adopted resolution 19/17 entitled “Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan” by which the HRC decided to “dispatch an independent international fact-finding mission, to be appointed by the President of the Human Rights Council, to investigate the implications of the Israeli settlements on the civil, political, economic, social and cultural rights of the Palestinian people throughout the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem.”

For the full 19/17 Resolution text:

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/G12/130/13/PDF/G1213013.pdf?OpenElement>

For further information:

<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session19/Pages/IsraeliSettlementsInTheOPT.aspx>

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern